

Widerstand stoppt Le Pen & Blauschwarz!

Europa im 21. Jahrhundert: Rechtsextreme Wahlsiege, Sozialabbau und Rassismus einerseits, Massenproteste und Streiks dagegen andererseits. Die Widersprüche des Kapitalismus fordern eine neue ArbeiterInnenbewegung. Der Mai 2002 muß international ein Zeichen setzen: Für den Aufbau einer sozialistischen Alternative zu sozialer Not, Rechtsextremismus und Kriegsgefahr.

VON FRANZ BREIER JUN.: SLP
WIEN MITTE

Der Kapitalismus ist nicht mehr unumstritten. 13 Millionen beim April-Generalstreik in Italien, 500.000 zuvor bei Protesten in Barcelona, Hunderttausende gegen den Rechtsextremismus gegenwärtig in Frankreich - sie stellen das System in Frage. Dieser Bewegung fehlt noch ein konsequentes sozialistisches Programm und entschlossene Massenparteien, die sich nicht den kapitalistischen Zwängen beugen, wie es Sozialdemokratie und Grüne tun.

KRIEGSGEFAHR

Die globalisierte Protestbewegung muß, mitgetragen von Gewerkschaften, auch der Kriegspolitik eine Absage erteilen. Keine Bomben auf Afghanistan, Palästina oder den Irak! Nein zu den US-Interventionen auf den Philippinen oder in Lateinamerika! Der US-Imperialismus ist die Bedrohung Nummer 1 für Frieden und Sicherheit in der Welt. Der Terrorismus kann nur gestoppt werden, wenn eine weltweite Bewegung der ArbeiterInnen und Armen die Wurzeln der Probleme anpackt: Kapitalismus bringt Arbeitslosigkeit, Not und Krieg.

DAS SYSTEM IST KRANK

Österreich ist ein Glied in dieser Krisen-Kette. Selbst die offiziellen Perspektiven der Wirtschaftsforschungsinstitute gehen von fortgesetzter Stagnation aus. Ein angeblicher Grund für die zukünftige Trendwende soll der Privatkonsument sein. Dazu steht die Wirklichkeit im Widerspruch:

Sozialabbau, magere Lohnabschlüsse und Steuererhöhungen in Österreich. 2001 sanken die Nettoverdienste von ArbeitnehmerInnen um 0,8%. Die Arbeitslosenziffern sind der dramatische Ausdruck der Tiefe und Dauer der Krise. Zur Jahreswende waren 270.000 Menschen in Österreich arbeitslos. Soziale Not ist keineswegs die Ausnahme: 900.000 von 8 Millionen Menschen leben von weniger als 630,- Euro. 720.000 sind zur Zeit mindestens einmal pro Jahr arbeitslos. Nicht einmal im 8. reichsten Land der Welt kann der Kapitalismus Stabilität bieten.

Innen und PensionistInnen mit 3,14 Mrd. Euro belastet, hingegen der Unternehmenssektor mit 0,27 Mrd. Euro entlastet werden wird. Die Schlußfolgerung formuliert die ÖGB-Führung jedoch nicht: konsequenter Widerstand - auch mit Kampfmaßnahmen!

DYNAMIK DER VERÄNDERUNGEN

Es gibt kein Zurück mehr in die Sozialpartnerschaft des 20. Jahrhunderts; die Verteidigung unserer sozialen und demokratischen Rechte kann nur durch eine Offensive erfolgen. Im Interesse der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen muß diese Regierung gestürzt werden. Am besten von einer Streik-Bewegung. Dafür müßte der ÖGB arbeiten. Seit der Urabstimmung über Kampfmaßnahmen laufen ihm die Mitglieder gerade deswegen

weiter voran getrieben wird: nach rechts. Auch an ihren Taten kann man die SPÖ messen: Was macht sie mit ihrer Absoluten in Wien? Praktisch ist die SPÖ ohnehin beim Neoliberalismus angelangt: 8,2 % Erhöhungen bei den Wiener Linien, 15 % bei den Müllgebühren. Das ist der selbe Neoliberalismus wie bei Blau-Schwarz.

WIDERSTAND IST MACHBAR

Im Gegensatz zu Österreich erlebte Frankreich selbst in den 90er Jahren dramatische Streikbewegungen, die 1995 sogar im Sturz einer rechten Regierung gipfelten. Diese Erfahrungen können es den ArbeiterInnen und Jugendlichen in Frankreich erleichtern, Le Pen und die Grundlage seines Aufstiegs - neoliberaler Politik - zurückzudrängen. Auch in unserem südlichen

Es gibt kein Zurück mehr in die Sozialpartnerschaft des 20. Jahrhunderts; die Verteidigung unserer sozialen und demokratischen Rechte kann nur durch eine Offensive erfolgen.

Laut einer Inserate-Kampagne der Regierung ist jeder Mensch in Österreich mit 15.770,- Euro verschuldet. Das theoretisch auf alle aufgeteilte Privatvermögen in Österreich brächte jedoch jedem/r mehr als 70.000,- Euro Guthaben. So schaut's aus!

HANDLANGER DES SYSTEMS

Die Umverteilungs-Politik von unten nach oben hat System. Die Regierung verwaltet die kapitalistische Unordnung. Sie ist geradezu gezwungen, weiter nachzusetzen und auf die Beschäftigten und Arbeitslosen einzuschlagen. Die 'speed-kills'-Politik der Regierung wird durch die Krise beschleunigt. Die wichtigsten Bereiche zeichnen sich ab: Pensionen, Öffentlicher Dienst, der Bildungssektor und ArbeitnehmerInnenrechte allgemein. Der ÖGB stellte letztes Jahr fest, dass im Jahr 2003 Arbeitnehmer-

davon, weil sie - zurecht - über die Passivität dieser Führung empört sind. Ansätze gäbe es genug: Bei der Post, im Bildungssektor und Öffentlichen Dienst, bei den EisenbahnerInnen Die ArbeiterInnenbewegung muß wieder Zähne zeigen. Blau-Schwarz hat den Klassenkampf angeheizt, die Antwort darf sich nicht auf Lippenbekenntnisse beschränken. Auch Österreich wird in der kommenden Zeit Dammbrüche sozialer und politischer Auseinandersetzungen erleben.

KRISE DER OPPOSITION

Wenn SPÖ-Chef Gusenbauer meint: "Ich kann meiner Partei nicht oft genug sagen - Wettbewerb bringt günstigere Preise für die Konsumenten und mehr Jobs" (Presse, 13.4.2002) zeigt das, in welche ideologische Richtung die 'Erneuerung' der SPÖ

Nachbarland Italien deutet die Massenproteste (3 Millionen am 23. März; 13 Millionen beim Generalstreik am 16.4.) einen Ausweg an.

STRATEGISCHE AUFGABE

Haider's Populismus ist heute in einer Krise. Der scheinbar unaufhalsame Aufstieg der extremen Rechten ist keineswegs ein Naturgesetz. Die antikapitalistische und ArbeiterInnenbewegung kann eine tatsächliche Alternative anbieten - diese würde Haider, Le Pen und Co. einen bedeutenden Teil ihrer Basis entziehen. Dazu ist eine unabhängige Position gegen Sozialabbau, Privatisierungen und Rassismus nötig und keine 'nationale Einheit', wie sie Chirac einfordert - gleich wie es die blau-schwarze Regierung zur Zeit der sogenannten 'Sanktionen' tat. Scheitert die Bewegung an dieser



strategischen Aufgabe, kann eine Folge davon die Entstehung einer tatsächlich faschistischen Massenkraft sein. All diese Auseinandersetzungen werden in erster Linie auf der Straße und in den Betrieben entschieden. Die Forderung nach Demonstrations-Verbot von Westenthaler (FPÖ) und Khol (ÖVP) ist ein Vorgeschmack auf die Angriffe gegen unsere demokratischen Grundrechte. Die Demonstration von 6000 vorwiegend Jugendlichen gegen den Naziaufmarsch am 13. April in Wien ist im Gegensatz dazu Lichtblick und Anknüpfungspunkt. All diese Bewegungen verlangen nach dem jeweils nächsten Schritt: Ob Berlusconi, Schröder, Tony Blair oder Blau-Schwarz; sie sind nur die Handlanger der kapitalistischen Wirtschaft, die für Massenarbeitslosigkeit und soziale Not verantwortlich ist. Die neue ArbeiterInnen- und antikapitalistische Bewegung muß neue Massenorganisationen und eine ideologische Alternative entwickeln. Der Sozialismus, als tatsächlich demokatisch geplante Wirtschaft und Gesellschaft, wird an Attraktivität gewinnen. Werden Sie mit der SLP und dem CWI (unsere Internationale) gemeinsam aktiv. Jetzt der SLP beitreten!

Österreich

Repression: Dreht der Staat durch?

Seite 2

schwerpunkt

Frankreich: Schockwelle nach Wahlen Seiten 4/5

international

Venezuela: Niederlage für die USA Seite 7



15. März 1938: Hitler am Heldenplatz - 13. April 2002: Neonazi-kundgebung am Heldenplatz. Rund um den Heldenplatz demonstrieren tausende gegen Faschismus und Rechtsextremismus. Es kommt zu Verhaftungen, es wird geprügelt, Hundestaffeln und Spezialabteilung werden eingesetzt, Tränengas

Wem nützen Verbote?

von Sonja Grusch

und Wasserwerfer benutzt. Die Parlamentsdebatte: Partik-Pablé (FPÖ) greift die antifaschistischen DemonstrantInnen an, SPÖ-Edlinger ruft dazwischen "Da fehlt nur noch Sieg Heil". Das Ergebnis: Die SPÖ zieht den Schwanz ein, Edlinger droht eine Anklage wegen Wiederbetätigung! Ein Musterbeispiel dafür, wer Gesetze/Verordnungen macht und insbesondere, wer davon profitiert.

Der Skandal ist, dass eine Neonazidemo genehmigt wird, nicht das dagegen demonstriert wird. Der Skandal ist, dass diese Regierung es schafft, Schuldumkehr herzustellen. Tatsächlich waren FPÖ-Mitglieder am Heldenplatz unter den Nazidemonstranten und die ÖVP hat noch immer den Austrofaschisten Dollfuß im Parlamentsklub hängen.

Das ist die ideologische Grundlage auf der PolizistInnen ungestrafft auf AntifaschistInnen einprügeln können, während gleichzeitig die Neonazis ungehindert durch den 1. Bezirk marschieren?

Damit nicht genug - zwei Tage nach dem Wahlsieg von Le Pen wird am Heldenplatz die "Botschaft Besorgter BürgerInnen" geräumt. Da wird dann auch der Grund für ein jetzt diskutiertes allgemeines Demo-Verbot am Heldenplatz deutlich: Die Regierung will endlich die lästigen Donnerstagsdemos los werden.

Wann immer die Herrschenden über härtere Gesetze gegen "Extremismus" reden, über mehr "Sicherheit" und die "Notwendigkeit schärferer Überwachung", dann haben sie damit immer eines im Sinn: KritikerInnen, GewerkschafterInnen und Linke in ihren Rechten zu beschneiden. Kein Gesetz wird Neonazis effektiv bekämpfen, aber eben diese Gesetze werden benutzt um Linke zu kriminalisieren. Wird der Heldenplatz für Demonstrationen verboten, dann werden die Nazis zwar woanders demonstrieren, aber die Polizei einen Vorwand haben, um die Donnerstagsdemos brutal anzugreifen. Der Kampf gegen Faschismus ist kein juristischer, sondern immer ein

Omomfuma-Urteil, Korruption, Gewalt und Repression:

Dreht der Staat durch?

Die grosskoalitionären Regierungen der vergangenen Jahre hatten ein wichtiges Ziel: Die Imagepflege eines Österreichs als Insel der Seeligen. Auch die (meist sozialdemokratische) Polizeiführung machte da mit. Bilder prügelnden Polizisten passten nicht in dieses Image. Ganz real war das Alles sowieso nie. Berichte von Amnesty International und der Mord an Marcus Omofuma beweisen das. Wie die Realität sich heute darstellt, belegen die Ereignisse des letzten Monats: Nazis unter Staatspolizeischutz ziehen durch die Innenstadt, während AntifaschistInnen eine auf den Kopf bekommen.

VON MICHAEL GEHMACHER, SLP - WIEN WEST

Heute steht für die Regierung das Ziel der Einschüchterung im Vordergrund. Schon unter der SPÖ/ÖVP - Regierung haben sich die sozialen und politischen Konflikte verschärft. Zum Amtsantritt der blauschwarzen Regierung war die Widerstandsbewegung noch so stark, dass ein hartes Vorgehen gegen Demonstrationen den Widerstand nur weiter verstärkt hätte. Doch der 1.7.01 zeigte das neue Polizeiverhalten: Bei der verbotenen Demonstration zum WEF-Gipfel in Salzburg wurde klar, dass jene, die sich schon im aktiven Widerstand befinden, schikaniert werden sollen.

Dafür sprechen der 7-stündige Polizeikessel und die folgenden Strafverfahren. Jene die noch zum Widerstand kommen könnten (z.B. Gewerkschaften), sollen eingeschüchtert werden. Die Regierung setzt hier auf ein Doppelspiel zwischen Polizei und bürgerlichen Medien. Typisch

dafür ist, dass die Ereignisse rund um die Nazi-Demo am 13.4.02: Zuerst genehmigt die Behörde eine faschistische Kundgebung am Heldenplatz, dann geht die Polizei auf die linke Gegendemonstration los. Am Tag darauf zeigt der ORF ein Video mit einer Nazi-Demonstration über die Kärntnerstrasse. Der Bericht kommt in den Nachrichten vor - in den Nachrichten unmittelbar danach, fehlt er wieder, obwohl alle anderen Beiträge sonst gleich sind. Wer hat hier wohl angerufen? Dann fordern FPÖ und ÖVP eine Verschärfung des Demonstrationsrechts. Der grüne Abgeordnete Öllinger erfährt in der Debatte im Nationalrat von einer möglichen Anzeige gegen ihn.

STAATSPOLIZEI GEGEN DEMO

Die freiheitliche Spitzelaffäre ist noch nicht einmal zur Gänze vorbei, schon verfügen blauschwarze Spitzenpolitiker über polizeiliche Informationen vor den Betroffenen! Eine Woche später stellt sich schließlich her-

aus: die Staatspolizei begleitete die Demonstration der Nazis über die Kärntnerstrasse. Einschüchterung von PolizeikritikerInnen ist Teil einer Strategie! Im Fall Öllinger verunglimpfen Krone, ORF und Regierungsparteien einen prominenten Demonstranten, dass brutale Vorgehen der Polizei wird erst gar nicht thematisiert.

Die Strategie ist klar: Die Regierungsparteien nutzen alle juristischen Mitteln um gegen die Opposition auf der Straße vorzugehen (siehe Kommentar), die Medien greifen absurde Vorwürfe auf und die Polizei geht in der unmittelbaren Konfrontation mit den Demonstranten beiderseits hart vor. Um diese Strategie der Einschüchterung durchzuziehen braucht die Regierung eine willfährige Polizei und Justiz. Diese bekommt sie, indem sie (1) Befugnisse erweitert (2) das brutale Verhalten vor allem der Spezialeinheiten deckt und (3) allen PolizeikritikerInnen die Kriminalisierung androht.

So kommt es das in der Spitzelaffäre, die Staatsanwaltschaft auf Anklagen verzichtet, obwohl die Beweislage bei vielen Polizeibeamten und FPÖ-Politikern klar ist. Auch das lächerliche Urteil (Acht Monate bedingt) gegen die Polizisten, die Marcus Omofuma töteten, hat Symbolkraft: Wem so etwas passiert der hat nicht viel zu befürchten lautet die Bot-

Am 13. April 2002 in Wien. Die Polizei geht brutal gegen AntifaschistInnen vor, während sie die Nazis ungehindert demonstrieren lies.



schaft. Das interne Disziplinarverfahren wird wohl eine noch größere Farce werden. In diesem Klima entstehen Korruption, Spitzelwesen, Drogenmissbrauch und Polizeiübergriffe. Und damit auch das Potential für gewalttätige Auseinandersetzungen bei Demonstrationen und Ähnlichem. Wichtig wird sein durch eine gute Organisation (etwa einen entsprechenden OrdnerInnendienst) Angriffe der Polizei abzuwehren und Übergriffe zu dokumentieren. Die Linke, die ArbeiterInnenbewegung und besonders die Gewerkschaften müssen zeigen, dass sie bereit sind die demokratischen Grundrechte zu verteidigen. Wir sind dazu bereit.

SLP aktiv

Das haben wir gegen Nazis getan

Samstag, 13. April, war mit Sicherheit einer der wichtigsten Tage der SLP im April. Die rechtsextreme Kameradschaft Germania hat zu einer Kundgebung am Heldenplatz gegen die Wehrmachtsaustellung aufgerufen. Der Ausstellung wird vorgeworfen, die "Ehre unserer Großväter zu beschmutzen" sowie konkrete Geschichtsfälschung zu betreiben.

VON RUDI BRAITENTHALER, SLP - WIEN MITTE

Diese Vorwürfe sind absoluter Schwachsinn. Die Ausstellung ist im Großen und Ganzen gut gelungen, vor allem weil sie den Unschuldsmythos, der sich rund um die Wehrmacht aufgebaut hat, entlarvt. Doch sie hat auch Schwächen. Sie geht nicht genug auf die Entwicklung des Faschismus im Zusammenhang mit der damaligen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage (kapitalistische Krise!) ein. Um darauf aufmerksam zu machen und uns auf die Demo vorzubereiten, veranstaltete die OG-Mitte einen Tag vor der Demo ein Seminar zu diesem Thema. Dieses Seminar begann um 17:00 Uhr mit einer Diskussion über Gewalt

auf Demonstrationen und den Sinn bzw. Unsinn von individueller Gewalt. Danach wurden die verschiedenen Theorien zur Entstehung des Faschismus und der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus analysiert.

THEORIE UND PRAXIS

Nach einem Abend voll Theorie darf die Praxis natürlich nicht fehlen. Also versammelten sich ungefähr 4000-5000 DemonstrantInnen aller Altersgruppen an den verschiedenen Treffpunkten. Ich war am Westbahnhof. Die Stimmung war unglaublich, mit der Zeit füllte sich der gesamte Platz zwischen dem Euro-Einkaufszentrum und den U-Bahnaufgängen.

Die Musik übertönte das gesamte Gelände und den RednerInnen sah man/frau sichtlich die Freude über diese Menge an. Überall wurden bunte Transparente hochgehalten. Unser Infostand war sehr gut besucht. Es füllten sich mehrere Bögen mit Unter-

schriften von InteressentInnen für den Gründungskongress von Sozialistischer Widerstand International (SWI) am 10. und 11. Mai im WUK.

Wir verkauften an die 70 "Gegen Nazis"-T-Shirts, über 100 Zeitungen, eine Menge Buttons und Pfeifen und erhielten größtenteils sehr gute Rückmeldungen für unseren Einsatz. Als wir mit der zweiten Demo (von der Oper) zusammentrafen, schwoll die Demo auf bis zu 6.000-7.000 TeilnehmerInnen an. Mit jedem Schritt Richtung Heldenplatz wurde diese Stimmung immer ernster. Als wir dann die Reihen von Polizisten sahen, die den Heldenplatz absperren und erfuhren, dass sich etwa 150 Rechtsextreme auf diesem befanden, begann sich die Demo leider aufzuteilen. Ein Teil blieb vor dem Eingang zum Heldenplatz stehen und ein anderer zog weiter Richtung Ballhausplatz.

Mit der Nachricht von den ersten Konflikten zwischen der Polizei und der Demo löste sich diese immer stärker auf. Dies ist leider auch auf den zu schwachen und unorganisierten OrdnerInnendienst zurückzuführen. Am 8. Mai (gegen den nächsten angekündigten



Fackelzug) muss dieser viel besser strukturiert sein. Dann kann die Demo geeint und stark auftreten!

Im Großen und Ganzen war diese Demo aber ein sehr starkes Zeichen dafür, dass es in Österreich sicher kein Aufwallen rechtsextremer Kräfte ohne Widerstand von uns "Verbrechern" (Zitat: Westenthaler) geben wird.

KONFERENZ

Am 20. und 21. April fand die SLP -Bundeskongress mit der

KAMPFFONDS

PSK 88.73.177

April bis Juni
3.500 Euro

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), vormals Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) 1070 Wien, Kaiserstr.14/11. Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23 Herstellungs- und Verlagsort: Wien DVR: 0820202 Zulassungsnummer 327808W97U

Gewerkschaftskurs braucht Opposition:

MitkämpferInnen gesucht

Seit mittlerweile 2 Jahren rollt die blauschwarze Belastungslawine über die arbeitenden Menschen. Sozialkürzungen hier, neue Belastungen dort. Zu lachen gab es zwar unter der Großen Koalition für ArbeitnehmerInnen, Jugendliche, Arbeitslose und Frauen auch wenig, neu ist jedoch die Schärfe der Angriffe seit der sogenannten „Wende“. Damit stellt sich die Frage: „Was macht der ÖGB und was sollte er tun?“

VON ALI KROPP, SLP – WIEN MITTE

Ziehen wir eine Bilanz über die ersten beiden Jahre der blauschwarzen Regierung, fällt sie für den ÖGB auf jeden Fall negativ aus.

Ein Alibi-Streik der EisenbahnerInnen (1 Stunde fährt kein Zug los), zwei zu Bittprozessionen umfunktionierte Protesttage und die Urabstimmung im vergangenen Herbst waren Alles, was die ÖGB-Führung als Antwort auf die Angriffe wusste.

SOZIALVERSICHERUNG

Nicht einmal die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsanstalten wurde ernsthaft verteidigt. Wozu auch, schließlich war die Selbstverwaltung schon in den letzten Jahrzehnten von SPÖ-Gewerkschaftsfunktionären

so ausgehöhlt worden, dass sie sowieso niemand mehr als solche wahrgenommen hat.

ITALIEN ZEIGT, WIE ES GEHT!

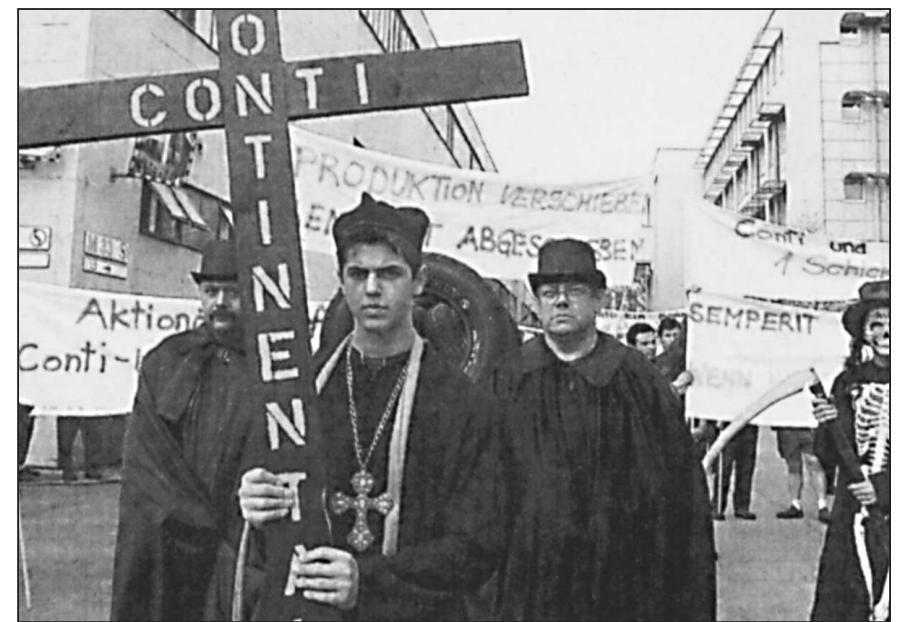
Österreich ist nicht das einzige Land mit einer Rechtsregierung. In Italien ist ein Bündnis aus Medienzar Berlusconi, Postfaschisten und Lega Nord-Separatisten angetreten, um den Sozialabbau zu beschleunigen. Die Antwort der italienischen Gewerkschaften auf die jüngsten Angriffe war eine Demonstration mit 3 Mio Menschen (!) am 23. März in Rom und der erste landesweite Generalstreik seit 20 Jahren im April. Geradezu peinlich dagegen die Bilanz der ÖGB-Führung.

„POLITIK DER KLEINEN NADELSTICHE“

Von Beginn an war die Politik des

ÖGB von Unsicherheit und Unfähigkeit geprägt. Statt gegen die Politik der Regierung die Mitgliedschaft zu mobilisieren, wurde von Seiten Verzetsnachts & Co. die „Politik der kleinen Nadelstiche“ ausgegeben. Mit einer Reihe von kleinen Protestmaßnahmen sollten weitere Verschlechterungen verhindert werden. Aber auch davon war bis heute nicht allzuviel zu sehen.

Stattdessen wird alles nur erdenkliche versucht, um wieder an den „Verhandlungstisch“ (Stichwort: Sozialpartnerschaft) zurückkehren zu können. In einer zwischen ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenvertretung geradezu grotesken Einigkeit, werden von ÖGB und Wirtschaftskammer „Lösungen“ auf Kosten der Beschäftigten präsentiert. Einziges Problem dabei ist nur, dass weder Wirtschaft noch Regierung in Zeiten einer nahenden Wirtschaftskrise ein vitales Interesse daran haben, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Bestes Beispiel dafür ist die wieder entbrannte Debatte um die „Abfertigung neu“.



Der ÖGB ist am Tod der Semperit durch sein passives Verhalten mit schuld.

KRISENMANAGEMENT ODER ARBEITNEHMERINNEN-VERTRETUNG?

In der April-Ausgabe seines Mitgliedermagazins „Solidarität“ macht der ÖGB deutlich, wie er seine Rolle definiert. Unter der Überschrift „Krisenmanagement“ wird dort angeführt, welche wichtige Rolle Betriebsräte und Gewerkschaften für Unternehmen spielen können. Statt um den

Erhalt von Arbeitsplätzen bzw. gegen Werkschließungen zu kämpfen, gibt sich die ÖGB Führung gleich von vornherein damit zufrieden, „Sozialpläne“ mitzuhandeln zu dürfen.

FÜR EINEN KÄMPFERISCHEN, DEMOKRATISCHEN ÖGB!

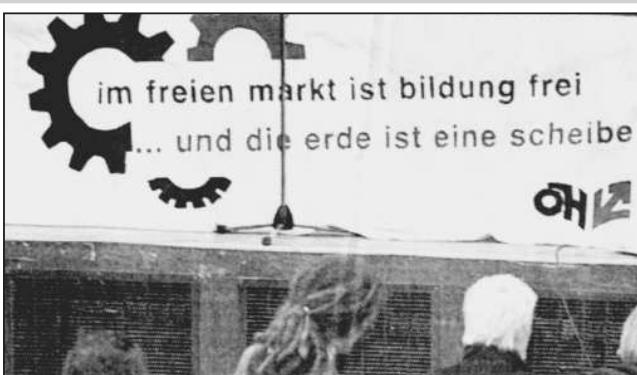
Die Antwort auf die Vorstöße der Regierung muss die Gleiche sein, wie sie von den italienischen GewerkschafterInnen gegeben

wurde. Dass aber dazu die jetzige ÖGB-Führung nicht gewillt ist, hat sie mehrfach bewiesen. Um so wichtiger ist der Aufbau einer kämpferischen und demokratischen Opposition im ÖGB. Sich am Aufbau dieser Opposition zu beteiligen, ist eines der Ziele der SLP und wir laden jede/n herzlich ein, das mit uns gemeinsam zu tun. Wer kämpft, kann verlieren; wer nicht kämpft, hat bereits verloren!

Kampf auf der Uni, Kampf in der Fabrik - das ist unsere Antwort auf eure Politik

Streik jetzt!

Das neue Universitätsgesetz stellt sich in die Tradition der ideologischen Angriffe der blau-schwarzen Regierung. Nach der Einführung der Studiengebühren und den Verschlechterungen im Dienstrecht der Universitätsangestellten liefert das neue UG sowohl für Studierende als auch für Lehrende Zündstoff. Am 24. April wurde dagegen gestreikt, bis zu 25.000 Studierende und Lehrende waren auf der Straße.



VON JAKOB ROSENBERG, SLP- WIEN-MARGARETEN

Unter dem Decknamen Autonomie wird neue Abhängigkeit geschaffen. So soll ein neues Gremium - der Universitätsrat - nur von nicht universitären Personen besetzt werden: Mindestens zwei der fünf Mitglieder dürfen direkt vom Ministerium beschickt werden. Weiters wird die Mitbestimmung von Studierenden weiter eingeschränkt. Die an den Universitäten zahlenmäßig größten Gruppen - Studierende und Mittelbau - haben in den Gremien künftig keine Möglichkeit, ihre Interessen durchzusetzen. Die ideologische Offensive in Richtung Elite-Uni geht auch in anderen Bereichen unbeirrt weiter. Die gesetzlich garantierte Anzahl der Prüfungstermine und Wiederholungsmöglichkeiten treffen natürlich die Studierenden am meisten, die ohnehin nebenbei arbeiten oder einen gewissen Studienerfolg bringen müssen, um nicht aus Studienbeihilfen herauszufallen. Außer-

dem werden „Knock-out“ Prüfungen den freien Hochschulzugang sicher nicht erleichtern. Auch für ausländische Studierende wird der Zugang zur Uni durch Kontingentierung und Sprachnachweise deutlich erschwert. Die Entscheidungskompetenzen bei Personalfragen werden auf ProfessorInnen und in letzter Instanz auf RektorInnen aufgeteilt.

FÜNF NACH ZWÖLF

Die Notwendigkeit, gegen diese und frühere Verschlechterungen zu kämpfen, liegt auf der Hand. Nachdem die bisherigen Kämpfe gegen Maßnahmen der Regierung jeweils alleine geführt wurden, kam es am 24. April zu einem gemeinsamen Warnstreik von Lehrenden und Studierenden. Der Streik wurde zwar an den meisten Instituten unterstützt, dennoch gab es sowohl Lehrende als auch Studierende, die den Streik nicht durchführten und dadurch gefährdeten. Einen Streik zu brechen ist kein Kavaliersdelikt, schließlich wird dadurch der Egoismus Einzelner vor die Interessen der Mehrheit gestellt. Es ist äußerst undemokatisch, diese eigenen Interessen derart in den Vordergrund zu stellen, dass die Durchsetzung der

Beschlüsse der Mehrheit verhindert werden könnten. Deshalb gibt es die Notwendigkeit von Streikposten, die diese Interessen der Mehrheit nicht durch eine kleine Minderheit gefährden lassen dürfen. Die SLP beteiligte sich vor allem beim Vorgehen gegen Streikbrecher im Juridikum und wurde dafür auch von Burschenschaftern, Professoren und schließlich der Polizei bedroht. Ebenfalls wiesen uns einzelne VertreterInnen der GÖD immer wieder zurecht, anstatt mit uns gemeinsam Lehrende und Studierende in Diskussionen zu überzeugen. Zu einem weiteren Konflikt kam es, als bekannt wurde, dass während der Dienststellenversammlung in der AULA Rechtsextremisten unbekämpft demonstrierten. U.a. auf Initiative der SLP wurde dieses Problem - nach einer kurzen Rangelei (so die Polizei) - bereinigt: Denn Rechtsextreme sind Streikbrecher!

DEUTLICHES SIGNAL

Bei der Demonstration zum Bildungsministerium beteiligten sich bis zu 25.000 Lehrende und Studierende, auf der anschließenden HörerInnenversammlung im Audimax wurde ein Studierendenstreik ab 2. Mai beschlos-

Outsourcing im Betrieb:

Ein Bericht

„Outsourcen“ heißt bei vielen Betrieben die Devise, um weitere Einsparungen im Personalbereich vorzunehmen. Was man hier macht, ist schlicht und einfach Arbeitskräfte durch andere Firmen anstellen zu lassen und diese Firma zu beauftragen, nun diese Arbeiten extern durchzuführen. Häufig kommt es dadurch zu einer Verschlechterung des Kollektivvertrages und somit zu geringerem Verdienst. Was das bedeutet, sei hier an einem kleinen Beispiel illustriert.

VON SVEN HILBERTH, BETRIEBSRAT WEBFREETV.COM

Auch in unserer Firma, bei „webfreetv.com“ gibt es Outsourcing. Nach längerer Krankheit unserer Putzfrau wurde sie an ihrem ersten Arbeitstag gekündigt. Offizielle Begründung: Sie könne ja wieder krank werden und somit der Firma weitere Mehrkosten verursachen. Eigentlich ging es nur um Einsparungsmaßnahmen. Da die Firmenleitung auf den Widerspruch des Betriebsrates zur Kündigung nicht reagierte, wollte der Betriebsrat Klage wegen Sozialwidrigkeit einreichen, um den Arbeitsplatz zu erhalten. Also wandten wir uns an die Arbeiterkammer, um eine Rechtsvertretung zu organisieren. Die Auskunft von der AK war, dass die Klage keine Chance haben werde. Wenn es sich um eine leitende Angestellte handle, mit überdurchschnittlichem Gehalt, wäre es etwas anderes, aber eine schlecht bezahlte Putzfrau, Mitte 40, Polin ... Außerdem bezweifelte der „Kollege“ von der AK-Rechtsabteilung, dass die AK nach Prüfung des Falles überhaupt für eine Rechtsvertretung

Wahlen in Frankreich:

Sieg der Rechten?! Eine Schockwelle

Das politische Erdbeben in Frankreich bedeutet eine Schockwelle für ganz Europa. Der Erfolg Le Pens und die vernichtende Niederlage Jospins verängstigt die Spitzen der europäischen Politik und hat ArbeiterInnen und Jugendliche in einen Alarmzustand versetzt. Sofort sind zehntausende Menschen in ganz Frankreich auf die Straße gegangen. Sie stellen ihre Entschlossenheit unter Beweis, Le Pen - den sie als offenen Faschisten erkennen - den Weg zu versperren. Die Proteste wurden fortgesetzt durch Streiks und Demonstrationen von tausenden SchülerInnen und StudentInnen.

VON ROBERT BECHERT,
CWI/SOCIALIST PARTY

Diese spontane Reaktion war kein Zufall. Wir haben ähnliche Proteste in Österreich nach Haiders Wahlsieg vor nur zwei Jahren erlebt. Die damaligen Ereignisse stellten eine bedeutende Entwicklung für Österreich dar. Aber in Frankreich existieren stärkere und frischere Traditionen des Kampfes der ArbeiterInnenbewegung. Deshalb kann Le Pens Erfolg einen gewaltigen Gegenschlag hervorrufen, der das Land in seinen Fundamenten erschüttert.

1. MAI: KAMPFTAG DER ARBEITERINNENKLASSE

Le Pen hat für einen starken nationalistischen ersten Mai aufgerufen. Eine massive Mobilisierung von ArbeiterInnen, MigrantInnen und Jugendlichen ist die notwendige Antwort am ersten Mai. Es geht darum, gleichzeitig das wahre Kräfteverhältnis in Frankreich unter Beweis zu stellen, sowie die Bereitschaft zu zeigen, alle Angriffe zurückzuschlagen - egal woher sie kommen. Der erste Mai muss zum Meilenstein werden auf dem Weg zu weiteren Mobilisie-

gen Generalstreik gegen alle Angriffe, die eine künftige Regierung wagen könnte.

KRISE DES ESTABLISHMENT UND POLARISIERUNG

Diese Wahlen waren eine Absage an jene Parteien, die Frankreich regierten, seitdem De Gaulle 1958 die Fünfte Republik ausgerufen hat. Die beiden Hauptparteien - die RPR von Chirac und die "Sozialisten" erhielten 36,06 Prozent der Stimmen, während 28,4 Prozent zu Hause blieben - die höchste Wahlenthaltung in der Geschichte. Weniger als 14 Prozent aller Wahlberechtigten stimmten für Chirac. Das ist für

das schlechteste Ergebnis aller Zeiten. Die Bedeutung liegt auf der Hand: Egal wie hoch sein Sieg in der zweiten Runde ausfällt - ein wiedergewählter Chirac wird von Beginn an als geschwächte Figur erscheinen. Es darf gleichzeitig nicht übersehen werden, dass es abgesehen von Le Pens Einzug in die zweite entscheidende Runde am 5. Mai, auch einen sehr starken Linksschub bei dieser Wahl gab. Das vereinigte Ergebnis der drei trotzkistischen KandidatInnen machte 2.973.600 Stimmen, 10.44 Prozent aus - verglichen mit 1.616.540 und 5.3 Prozent bei den letzten Wahlen. Die Kombination der wachsenden

Der Schock von Frankreich lässt den Glanz der angeblich heißen Eurowelt verblassen.

Unzufriedenheit in der Gesellschaft und der Politik der Führung der offiziellen ArbeiterInnenbewegung hat eine Situation hervorgerufen, in der es sowohl eine Polarisierung nach Links und den Versuch der extremen Rechten gibt, mit ihren populistischen, rassistischen und nationalistischen Slogans diese Stimmung auszunutzen.

WIE GROSS IST LE PENS ERFOLG?

Le Pens Erfolg ist eine Warnung, aber er bedeutet noch nicht, dass die französische ArbeiterInnenbewegung unmittelbar in eine vernichtende Niederlage schlittert. Die extreme Rechte konnte die Anzahl von WählerInnenstimmen um weniger als 900.000 erhöhen. 1997 erhielt Le Pen 4.573.200 Stimmen (15 Prozent), dieses Jahr waren es 4.805.300 (16.86 Prozent). Gleichzeitig müssen die 667.120 Stimmen (2.34 Prozent), welche die von Mégret geführte Abspaltung von der Front National (NF) erhielt, zum

Gesamtergebnis der extremen Rechten hinzugefügt werden. Die WählerInnenstromanalysen zeigen, dass - verglichen mit der letzten Wahl - Le Pens Unterstützung bei jungen Menschen von 18 auf 12 Prozent gesunken ist, während PensionistInnen (von 9 auf 19 Prozent), Selbständige und Kleinunternehmer (13 auf 30 Prozent) ihn verstärkt wählten.

DER VERLIERER HEIßT JOSPIN

Ein Schlüsselfaktor für die Niederlage Jospins war der Anstieg der NichtwählerInnenrate von 21.63 Prozent auf 28.4 Prozent. Fast zwei Millionen Menschen weniger nahmen im Vergleich zu den letzten Wahlen an diesem Urnengang teil. Die Anzahl der ungültigen Stimmen blieb mit 995.550 (888.810) ungefähr gleich. Sofort nach der Wahl wurden Stimmen laut, die für Le Pens Ergebnis die Zersplitterung der linken Stimmen verantwortlich machten. Tatsächlich war Jospins

Niederlage ein Ergebnis seiner eigenen dramatischen Stimmenverluste. Jospin wurde 1997 nach der großartigen Bewegung gegen die Politik von Präsident Chirac, zum Premierminister gewählt. Nach dieser Wahl setzte Jospin eine klare kapitalistische Politik um. Mit dem Ergebnis, dass jetzt das Abschneiden der "Sozialistischen" Partei - trotz einer Periode des wirtschaftlichen Wachstums - in der ersten Runde von 7.101.990 auf 4.610.740 zurückfiel. Wenn man zu den letzten Präsidentenwahlen zurückblickt, so standen damals ebenfalls andere linke KandidatInnen zur Wahl - Kommunisten, Grüne, TrotzkistInnen. Ihr Antreten erklärt also nicht, dass Jospin jetzt soviel Unterstützung verloren hat. Grundsätzlich hat Jospins Regierung der "Pluralistischen Linken" die gleiche unternehmerfreundliche Politik wie die Blair-Regierung in Britannien betrieben - abgesehen von einigen kosmetischen Maßnahmen.



Dem
Establish-
ment in
Frankreich
ist gehörig
das Lachen
vergangen.

Woher kommt die Front National?

Rechte Bande von Royalisten und Schlägern

Die Wurzeln der extremen Rechten reichen auch in Frankreich bis weit in die Zeit vor 1945 zurück. Nach dem Sieg Deutschlands wurde das Land geteilt und im Süden eine "eigenständige" Regierung unter Marschall Pétain mit Sitz in Vichy eingerichtet. Diese Regierung machte sich schlimmster Verbrechen gegen Jüdinnen und Linke mitschuldig und wurde auch von nicht un wesentlichen Teilen der französischen Bourgeoisie gestützt.

Nach der totalen Niederlage des Faschismus in Europa, war Frankreich aber offiziell plötzlich eine Nation, die geschlossen in der "Resistance" gewesen war. General De Gaulle - der auch von den Kommunisten - unbestritten reaktionäre Führer der französischen Exilregierung, baute nicht zuletzt auf diesem Mythos seine Macht auf. Es ist kein Zufall, dass der Neogaulist Chirac diese Traditionslinie "von der großen Nation und ihren republikanischen Werten" jetzt aufruft. An Vichy und Faschismus auch nur anzustreifen, war deshalb lange Zeit für Frankreichs Rechte fast unmöglich. Obwohl in den 50er Jahren rechtsextreme Bewegungen auftauchten, blieben sie ein politisch und zeitlich isoliertes

Phänomen. General De Gaulles autoritäre, nationalistische und populistische Politik, war der breite Konsens der französischen Bourgeoisie, der keine Konkurrenten zuließ. Die damalige Zeit bedeutete trotzdem auch den Ursprung für das Wirken von Jean Marie Le Pen, der mit 51 weiteren Abgeordneten der "Poujade"-Bewegung 1956 ins Parlament einzog. Diese Bewegung verschwand zwar nach ihrem relativen Mißerfolg (5,2%) bei den Präsidentschaftswahlen 1965 wieder in der Versenkung. Le Pen selbst war sowohl in den damaligen Kolonien Indochinas, wie vor allem in Algerien aktiv an Gemetzeln gegen die Zivilbevölkerung beteiligt. Für ihn und die extreme Rechte ist die

Entlassung Algeriens in die Unabhängigkeit (nach einem Referendum 1962) bis heute der schlimmste Verrat. Die Front National wurde 1972 mit dem Anspruch gegründet, die Zersplitterung der nichtgaulistischen Rechten zu überwinden. Doch auch in Frankreich fand in den 70er Jahren die Polarisierung praktisch ausschließlich von Links statt: 1981 kam schließlich eine linke Koalitionsregierung unter Mitterand an die Macht, welche die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Sozialismus versprach. Le Pen brachte damals nicht einmal die Unterschriften für seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen zusammen. Erst die Entäuschung über nichtgehaltene Versprechen dieser Regierung verhalf Le Pen zum Durchbruch: 1983 erhielt Le Pen bei der Regionalwahlen in Paris im 20. Bezirk 11,3 Prozent der Stimmen, 1983 in der Stadt Dreux 16,7 Prozent, 1986 bei Parlamentswahlen 9,8 Prozent und 1988 bei den Präsidentschaftswahlen 14,4

Prozent. Tatsächlich zeigt sich dadurch, dass Le Pen zwar ein alter Politiker ist; sein politischer Aufstieg fand aber durchaus im Gleichklang mit der extremen Rechten im übrigen Europa statt. Die Front National war immer eine Sammlungsbewegung der extremen Rechten, in der das Spektrum von Royalisten bis faschistischen Schlägertrupps (dem Parteidienst) reicht. In den 90er Jahren kam es in der Partei durch ihre relative Stagnation auf nationaler Ebenen (bei rund 10 Prozent) auf der einen und Regionalerfolgen (FN-Bürgermeister in mehreren Städten) auf der anderen Seite, zur Spaltung der Partei.

Einige Regionalpolitiker wie Mégret bevorzugten eine Strategie der Zusammenarbeit mit den Neogaulisten - auf nationaler Ebene lehnten das Le Pen (wie auch Chirac) allerdings ab. Gleichzeitig wurden die inhaltlichen Grenzen zwischen Le Pen und den Neogaulisten fließend. Vor allem der neogaulistische Innenminister Pasqua ver-



suchte sich durch eine extrem rechte Politik gegen MigrantInnen und antieuropäische Aussagen als der besserer Le Pen zu präsentieren. Le Pens Durchbruch mag deshalb vielleicht jetzt überraschend kommen - angekündigt hat er sich schon lange. Die Ausgrenzung seiner Person wird in diesen Tagen von Versprechen Chiracs begleitet, Le Pens Forderungen nach innerer Sicherheit und Kampf gegen

elle schwappt über Europa!

In den letzten beiden Wochen vor der Wahl hat Frankreichs Regierung ihre Privatisierungs-politik weiter fortgesetzt. Weiters wurden Anteile von Renault, Thomson Multimedia und alle "Autoroutes du Sud de la France" veräußert. Dieser Schlussverkauf wurde unter einem sogenannten "kommunistischen" Verkehrsminister eingeleitet! Auch die begrenzten Reformen hatten einen sehr zweideutigen Charakter. Ein Autor der Los Angeles Times hat Jospins zentrale Maßnahme - die 35 Stundenwoche - folgendermaßen kommentiert: "Große Konzerne haben die Maßnahmen als nützlich befunden, ermutigend um eine generelle Neubewertung von Arbeitszeit und Arbeitspraxis zu beginnen".

PLURALISTISCHE LINKE" HAT MIT RECHTER POLITIK VERSAGT

Ansätze, wie sie jetzt z.B. vom altlinken Labour Party Veteran Tony Benn eingebracht werden, nämlich dass eine linke Einheit hinter Jospin, statt "sich mit dem big business ins Bett zu legen", sowohl Le Pen wie Chirac besiegt hätten, sind absurd. Absurd deshalb, weil Jospins Politik grundsätzlich aus dem bestand, was das "big business" verlangt hat. Von Beginn an betonte Jospin in seiner Kampagne, dass er nicht als "Sozialist" antritt und viele meinten sogar, dass es nicht viele Unterschiede zwischen seinem und Chiracs Wahlkampf gab. Das, gemeinsam mit dem schlechten Zeugnis der französischen SP in der Regierung, waren die wesentlichen Gründe der Niederlage. Das Gleiche gilt für die Kommunistische Partei (PCF), welche in Jospins Regierung sitzt und der es noch schlechter in diesen Wahlen erging. Die PCF wurde praktisch vernichtet: Von 2.634.180 Stimmen fiel sie auf 960.750. Nur 3.37 Prozent bedeuten den niedrigsten Prozentsatz in der Geschichte, nur 1924 und 1932 erhielt sie eine geringere Anzahl an Wählerstimmen. Der Gegensatz zwischen dem Niedergang der Unterstützung für die PCF und das mehr als dreimal höhere Ergebnis der trotzkistischen RepräsentantInnen bedeutet eine historische Niederlage für eine Partei, deren Führung ein Hauptakteur der internationalen stalinistischen Bewegung war. Die PCF tritt jetzt in eine große, vielleicht endgültige Krise ein.

GEGEN "DIE DA OBEN"

Insgesamt zeigen die Wahlen tiefe Feindschaft und Hass gegen die führenden Parteien. Das ist der Grund warum abgesehen von den 2.973.640 (10.44%) trotzkistischen Stimmen, die Grünen von 1.011.370 auf 1.495.900 Stimmen (5.25%) wuchsen und

der frühere SP Minister Chevènements mit seiner "links/republikanischen" Bewegung 1.518.900 (5.33%) der Stimmen erhielt. Dieses Ergebnis drückt eine umfassende Entfremdung von der "politischen Klasse", der Kaste der führenden Karrieristen und Politiker, aus. Mehrere Tage vor den Wahlen sagte ein französischer Kommentator, dass die FranzösInnen "weniger die Politik an sich, aber die Themen die sie aufwirft und das Benehmen der politischen Klasse ablehnen. Sie fühlen nicht, dass Politiker ihre Sprache sprechen und ihre Sorgen teilen." Das zeigt sich vor allem im Zusammenhang mit der wachsenden Opposition gegen jeden Ansatz von neoliberaler Politik und der kapitalistischen Globalisierung. Lange vor der Wahl schrieb die Financial Times: "11 von 14 AnwärterInnen auf das Präsidentenamt, sowohl rechte wie linke, stehen gegen

mit dem Aufbau einer politischen Alternative verknüpft werden. Um in der Lage zu sein, sowohl Le Pens Bewegung jetzt, wie auch in der Zukunft zu stoppen, muss die ArbeiterInnenbewegung beweisen, dass sie wirklich für eine alternative Gesellschaft kämpft. Die fast drei Millionen Stimmen für den "Trotzkismus" haben seinen Organisationen, vor allem der LO und der LCR, eine große Verantwortung übertragen. Unter Jugendlichen war die LCR die zweitgrößte Partei: Mit mehr als 13.9 Prozent erhielt sie hier mehr Stimmen als Le Pen und nur ein paar Stimmen weniger als Chirac. Die LO schnitt zwar schlecht bei Jugendlichen ab, erhielt aber 10 Prozent aller ArbeiterInnenstimmen. Jetzt haben beide Organisationen die Verpflichtung, ernsthafte Initiativen zu ergreifen: Ihre Ergebnisse bedeuten die Chance, die Gründung einer neuen Massenpartei der französischen ArbeiterInnenklasse voran zu



Bei rechter Politik hilft das beste Grinsen nichts.

Globalisierung und setzen auf eine antikapitalistische Sprache." Le Pen war bemüht, diese Situation für sich zu nutzen. Seine Kampagne wurde zusammen geflickt aus der Thematisierung eines allgemein wachsenden Gefühls von Unsicherheit, der Entfremdung vom Establishment, der Ablehnung der weit verbreiteten Korruption und der steigenden Angst vor Kriminalität. Zur gleichen Zeit unternahm er den Versuch, der populären Opposition zur kapitalistischen Globalisierung, der EU und der US-Politik einen nationalistischen Charakter überzustülpen. Mit Appellen an die "kleinen Leute, die ausgeschlossene Basis" wollte sich Le Pen als Ersatz für die Linke und Alternative zur herrschenden Elite darstellen. Le Pens Erfolg ist zweierlei: Eine Warnung und auch ein Symptom der Polarisierung. Doch dieser Angriff der Reaktion kann die Bewegung anspornen. Die Proteste auf den Strassen haben sofort eingesetzt, doch das muss



betrachtet wird. Bereits jetzt haben Jugendliche mit Plakaten demonstriert: "Wählt den Gauner, nicht den Faschisten". Das ist absolut nachvollziehbar, aber ein "cordon sanitaire" kann vielleicht Le Pen im Mai schlagen. Doch es war und ist die kapitalistische "co-habitations"-Politik von Chirac, Jospin und dem Rest der herrschenden Elite, die Le Pen Tür und Tor öffnete. Gleichzeitig wird es Teile der ArbeiterInnenklasse und Jugend geben, die weiß oder ungültig wählen werden. Ein hoher Anteil von Wahlzetteln, die zeigen, dass sie sowohl Chirac, wie Le Pen ablehnen, wäre auch eine Signal der Opposition gegen die kapitalistische Politik, für die beide stehen. Zweifellos werden die kommenden Tage von einer gewaltigen Kampagne gegen Le Pen geprägt sein. Ein Element dieser Kampagne wird allerdings auch der Versuch sein, die Linken zu unterminieren und die Menschen so zu verschrecken, dass sie für die Parteien des Establishments stimmen.

NEUE PERIODE

Frankreich ist in eine neue Periode eingetreten. Das ganze Land befindet sich im Aufruhr. Die Kämpfe, die begonnen haben, können auf einer gewissen Stufe zu einem neuen Mai 1968 führen - zu einer offenen Infragestellung des gesamten kapitalistischen Systems. Wenn diese Wahlen irgendetwas unter Beweis gestellt haben, dann vor allem, dass die bestehende Ordnung der Gesellschaft nur von einer Minderheit unterstützt wird. Die entscheidende Frage ist: Wo liegt die Alternative? Die neuen Kämpfe werden von einer Debatte in der ArbeiterInnenbewegung begleitet werden, welche Lehren aus der Jospin-Regierung zu ziehen sind. Wie kam es zur Niederlage und welche Schritte sind die nächsten? - in dieser Diskussion wird Gauche Révolutionnaire (die französische Sektion des CWI) nicht nur für den Aufbau

Die Rechte in Europa bekämpfen!

Zerschlagt sie!

"Le Pen, nicht so laut, die Jugend holt jetzt deine Haut" – tägliche Demonstrationen, Streiks in Schulen, Universitäten, die Forderung nach Generalstreiks – das ist die eine Seite der Reaktion auf Le Pens Wahlerfolg. Die andere Seite drückt die "linksliberale" Zeitung Libération aus: "Wir erleben gefährliche Tage für die Demokratie. Die Provokation ist eine ernstzunehmende Waffe, die die öffentliche Meinung (...) stark beeinflussen kann. Zahlreiche Politiker auf der Linken wie auf der Rechten wünschten daher, dass die Kundgebungen gegen Le Pen aufhören, um jedwede Ausschreitungen zu vermeiden."

VON JOHN EVERSL
- WIEN NORD

Tatsächlich warnen hier vor allem PolitikerInnen aus jenem Lager, welches das Wahldesaster zu verantworten hat. Sie blicken ängstlich wie das Kaninchen auf die Schlange Le Pen, während auf der Strasse Hunderttausende ihre Befreiung bekunden, das Problem rasch und gründlich zu erledigen. Es ist zu hoffen, dass die französische Bewegung nicht die Fehler des österreichischen Widerstands gegen Blau-Schwarz wiederholt. ArbeiterInnen und Jugendliche können z.B. durch einen eintägigen Generalstreik die extreme Rechte völlig in die Defensive drängen.

Die rechten "Umzingler müssen umzingelt werden" warnte Trotzki in den 30er Jahren die ArbeiterInnenparteien in Deutschland. Durch eine Massenkampagne könnte Parteilokal für Parteilokal, Stützpunkt für Stützpunkt der Front National geschlossen werden. Das haben diese "ersten Wahlen des 21. Jahrhunderts" bewiesen. Grund genug für alle Linken und SozialistInnen, die neue Lagerbildung in Zeiten von kapitalistischer Krise und Globalisierung zu erkennen: Die französischen Wahlen beweisen glücklicherweise, dass die Alternative dazu nicht nur Le Pen, sondern auch Trotzki heißen kann. Und Trotzki, das heißt in Österreich, Mitglied bei der Sozialistischen Linkspartei (SLP) zu werden.

INTERNATIONALE SIGNALWIRKUNG

Ein solcher Sieg wäre auch für Österreich ein wichtiges Symbol und ein Ansporn im Kampf gegen Schüssel und Haider. Die Wahlen in Frankreich waren auch eine Abstimmung gegen das kapitalistische EU-Projekt. Dieses Projekt ist ein Herzstück der europäischen "Sozialdemokratie" - sie

Der europäische Fussball - ein Kartenhaus stürzt ein!

Abseits für Kirch & Co!

Der Pleitegeier kreist, nach der "Kirchpleite" über viele europäische Bundesligaclubs. Dem Club der in Österreich zum dritten mal in Folge Meister wurde, droht die Insolvenz und somit der Abstieg in die Regionalliga West. Und der momentan umstritten erfolgreichste Club Europas (Real Madrid) hat unüberschaubare Schulden. Das alles sind nur wenige Beispiele für die vielen Probleme von Clubs die sportlich höchst erfolgreich sind. Doch woran liegt das?

VON CORNI NUSSBAUMER,
SLP-WIEN NORD

Vor ca. 30 Jahren kam die Wirtschaft hinter das enorme Potential der Vermarktung einer Massensportart - Fußball. Die Zeit der Großen Sponsoren begann, und die Vereine nahmen die Mehreinnahmen durch Sponsoren gerne zur Kenntnis. Fußballer mit Slogans und Firmenlogos auf Brust, Arm, Rücken und schließlich auch Po wurden zur normalsten Sache der Welt, und auch für die Vereine wurden Sponsoreinnahmen, zum Fixbestand eines jeden Budgets.

Leider blieb dies nicht ohne Folgen, wie man/frau jetzt in den Verschiedensten Ligen Europas sehen kann. Viele kleine Vereine, die wirtschaftlich nicht so gut gestellt waren, hatten nun auch sportlich keine Möglichkeit mehr in den ersten Ligen zu bestehen. Ein sehr gutes Beispiel ist hierfür der Wiener Sportclub, der Anfang der Neunziger von der ersten Division (heute MAX Bundesliga) bis in die Wiener Liga abstieg und den Profibetrieb aufgab.

KLASSENGESELLSCHAFT AUCH IM FUßBALL

Ein weiterer Indikator dafür ist, dass selbst in den stärksten Ligen der Welt eine Zwei, wenn nicht eine drei - Klassengesellschaft auf der Tagesordnung ist. (eine Riege von Vereinen, die sich jedes Jahr um den Meistertitel streiten, ein solides Mittelfeld, sowie ein paar die sich nicht entscheiden können, ob erste oder zweite Liga.) Das alles lässt sich nur von den enormen

Spielergehältern und Ablösesummen herleiten. Ablösesummen von bis zu ca. 70 Mio. Euro und Gehälter weit über 10.000 Euro. Täglich.

die Politik reagierte, aus Angst um viele Arbeitsplätze und dem Zusammenbruch der Finanzierung der Bundesliga (Deutschland) wurden Stimmen laut, die meinten manche Vereine mit Steuergeldern zu finanzieren. Dass der Sportliche Erfolg nicht zwangsläufig zu einem halbwegs ausgeglichenen Budget führt, beweist und beweist der FC Tirol eindrucksvoll.

Ein gutes Beispiel dafür, dass in Österreich ein Fußball mit



Effenberg jetzt auch "sozial treffsicher". Gegenüber dem Playboy (wo sonst) forderte er die Kürzung des Arbeitslosengeldes.

Das Arbeitslosengeld, und andere Sozialleistungen sollten auf ein Minimum reduziert werden, damit die Leute was arbeiten gehen" sagte der Bayernstar Stefan Effenberg, der die oben genannte Summe (10.000 Euro/Tag) bekommt, um die Hälfte der Saison verletzt zu sein. Der nebenbei dieses Jahr wenn, dann alles andere als gut spielte.

"hohem" Niveau kaum zu finanzieren ist, da im kleinen Land die tendenziell kleineren Sponsorgelder kaum ausreichen um Spielergehälter zu zahlen. Verschiedene Vereine haben inzwischen durch massive Erhöhung der Eintrittspreise und Schleifung von - billigeren - Stehplätzen zu dem die letzten Fans vergrault.

FUßBALL UND WIRTSCHAFT

Das enge Verhältnis von Fußball und Kapital, zeigte vor kurzen die sogenannte "Kirchpleite". Nachdem bekannt wurde, dass die Kirchmedia, allen Vermutungen zum Trotz pleite geht, brach eine große Panik nicht nur bei so manchen Vereinen herein, die Unmengen an Geld für Fernsehrechte, etc. von Kirchmedia bekommen (mit zum teil langjährigen Verträgen). Ebenso

ARBEITERINNEN- UND MASSENSPORT

Es wird Zeit, den Fußball wieder zu dem zu machen was er - auch - einmal war: Ein ArbeiterInnen- und Massensport, bei dem Einsatz und nicht Geld zählte. Wer weiß: Vielleicht kommt es mit dem Neuaufbau der ArbeiterInnenbewegung auch wieder zu eigenen Sportklubs und Ligen, die nicht vom Profitstreben geprägt sind und in denen Sponsoren-

Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:
01/524 63 10

Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?

Als Kapitalist geboren?

Das wahrscheinlich am Häufigsten genannte Argument, mit dem man/frau bei Diskussionen konfrontiert wird, ist jenes, der Mensch sei "zu schlecht für den Sozialismus". Ist etwas Wahres dran? Ist der Mensch wirklich dazu bestimmt, im Kapitalismus zu leben?

VON MARIA HÖRTNER, SLP
MARGARETEN I

Das wichtigste gleich am Anfang: der Mensch ist von Natur aus weder gut noch schlecht. Es entspricht weder seinem "Naturell", egoistisch oder unterwürfig, habgierig oder gutmütig zu sein. All diese Eigenschaften hat der Mensch nur, weil er im kapitalistischen System lebt. Marx hat gesagt: "Das Sein bestimmt das Bewusstsein." Das bedeutet, dass die Lebensbedingungen und die ökonomischen Verhältnisse des Menschen entscheidenden Einfluss auf sein Verhalten und sein Denken haben. Es ist klar, dass wir alle von den Übeln des Kapitalismus "durchsetzt" sind. Von Kleinauf wird uns das Ellenbogendenken eingeprägt: Konkurrenzkampf heißt die Devise, "Jede/r gegen Jede/n". Und das ist kein Zufall. Das heutige Wirtschaftssystem baut darauf auf, dass Unternehmen in ständiger Konkurrenz zueinander stehen. Profitmaximierung bei gleichzeitiger Lohnsenkung heißt das Motto, welches am Arbeitsmarkt herrscht. Und wenn dies einmal in den Köpfen verankert ist, spiegelt sich dies dann automatisch in den sozialen Beziehungen der Menschen wider. Da scheint es sogar verwunderlich, dass trotzdem so viele Menschen z.B. spenden oder Müll trennen und Interesse an ihrer Umwelt zeigen.

ES IST GENUG FÜR ALLE DA!

Das kapitalistische System beruht auch auf der ungleichen Verteilung von Ressourcen. Im Prinzip wäre genug für alle da, jedoch konsumieren die Reichen 20% der Welt 86% aller Güter und Dienstleistungen. Dadurch entsteht für den Großteil der

Bevölkerung ein Mangel, der ihn schlichtweg dazu zwingt, sich "ungerecht" zu verhalten. Aus der Angst, man/frau bekäme selber nichts mehr ab, versucht Jede/r sich so schnell wie möglich so viel wie möglich anzueignen. Es ist verständlich, dass es bei einer Nahrungsknappheit beispiels-

Ist sie zu schlecht für eine bessere Gesellschaft?

weise zu Auseinandersetzungen und Plünderungen kommt. Jede/r Mensch will klarerweise sein Überleben sichern. Es würde sich niemand um etwas streiten, was im Überfluss vorhanden ist. (Die Luft ist zwar oft verdreckt, aber zumindest ist genug da.) Wenn dies mit allen Gütern so wäre, bräuchte niemand mehr egoistisch oder habgierig zu sein. Der Sozialismus würde dies gewährleisten. Nur der Sozialismus ist in der Lage, den Mangel zu beseitigen und Überschuss zur Versorgung aller zu produzieren. Dazu muß er auf den Bedürfnissen der Menschen aufgebaut ist.

Ein Aspekt, der auch in Diskussionen immer wieder ein Thema ist, ist jener mit der Arbeitsmoral im Sozialismus. "Wenn der Mensch nicht zum Arbeiten gezwungen wird, tut er

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Di. um 19.30 Uhr

Club International, 16., Payerg. 14

WIEN-MARG I: Jeden Di. um 19.30 Uhr

Bunte Kuh, 5., Zentag./Siebenbrunneng.

WIEN-MARG II: Jeden Mi. um 19 Uhr

Schlupfwinkel, 4., Kleine Neugasse

WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr

Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8

WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.30 Uhr

"Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38

SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN:

Jeden 1. Montag im Monat, 19.00

Cafe Paganini, 9, Althanstr. 11-13

SLP-FRAUEN: (nur für Frauen)

Termine auf Rückfrage

Die SWI-Treffpunkte:

Jeden Montag um 19.00 Uhr

Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Die SLP-Veranstaltungen im Mai:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

27. MAI: „ARBEITSSITUATION VON JUNGÄRZTEN“

SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN

17. MAI: „BETRIEBSRATSWAHLEN BEI MELZER“ SLP-NORD

21. MAI: „DIE LINKE IN FRANKREICH“ SLP-MARGARETEN I

22. MAI: „ARMENIEN DER VERGESSENE GENOZID“ SLP-MARGARETEN II

29. MAI: „CASINOKAPITALISMUS? AKTIEN UND MEHR“ SLP-WIEN-MITTE

10 UND 11 MAI SWI-KONGRESS, WUK/WIEN,
ANMELDUNG UNTER 01-524-63-10

Demonstrationen & Aktionen:

8. Mai: Antinazidemo, Wien

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz,
jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz

KANADA:

STREIKS UND DEMOS GEGEN PRIVATISIERUNG

Seit 13. März waren rund 45.000 Beschäftigte des öffentlichen Sektors in Ontario/Kanada im Streik. Sie protestierten gegen die Privatisierungspolitik und fordern höhere Löhne/Gehälter. Die regierenden Tories (bürgerliche Partei) wollen bei den Sozialleistungen der öffentlich Beschäftigten 13 Millionen Dollar kürzen und die Kontrolle über deren Pensionsfonds erhöhen.

Als am 15. April der neue Premier vereidigt wurde, kam es zu Demonstrationen und Blockaden. 8000 marschierten

Neues aus dem CWI

www.worldsocialist-cwi.org

zum Regierungssitz, Unterstützung erhielten die KollegInnen aus mehreren Gewerkschaften - inklusive einer zweistündigen Sitzblockade. Die kandadische Sektion des CWI, die Socialist Alternative, beteiligte sich an der Demonstration mit der Forderung für gemeinsame gewerkschaftliche Aktionen sowie für einen 24-stündigen Generalstreik gegen weitere und für die Rücknahme schon erfolgter Privatisierungen.

UKRAINE

SOZIALSTISCHER LICHTBLICK

Bei den Wahlen in der Ukraine wurde die massive Opposition zu Präsident Kuchma deutlich. Seine Liste "Für eine vereinte Ukraine" erhielt 11,8 % (aber 25 % der Sitze). Über 70 % der

Stimmen gingen an Parteien, die in Opposition zu Kuchma stehen. Verwirrend die Vielzahl "linker" Parteien - KP (die als pro-russisch gesehen wird und v.a. in den Industriegebieten verlor) 20%, Fortschrittliche Sozialistische Partei (die zunehmen Verbindungen zur Wirtschaft hält) 3,2%, SP (Abspaltung von der KP, nun mit einem offen kapitalistischem Programm) 6,8%. Sie alle sind nicht antikapitalistisch und vertreten nicht die Interessen der ArbeiterInnenklasse. Welche Potential für eine wirkliche ArbeiterInnenpartei vorhanden ist zeigen die Ergebnisse der Ukrainischen CWI-KandidatInnen. Andrei Kazakov wurde in den Gemeinderat von Dneproderzhinsk gewählt, in Kiev wurde Sergei Denisyuk mit 690 Stimmen Zweiter hinter einem Unternehmer (700 Stimmen). Die Auszählung erfolgte allerdings nicht ordnungsgemäß, Wahlbetrug zugunsten des Unternehmers ist wahrscheinlich.

US: MASSENPROTESTE

Bis zu 100.000 demonstrierten in Washington DC am 20.4. gegen Bushs Krieg gegen Afghanistan und die Kriegsdrohungen gegen den Irak, gegen IWF und Weltbank und in Solidarität mit dem Kampf der PalästinenserInnen. Die US-Schwesterorganisation der SLP, Socialist Alternative beteiligte sich mit GenossInnen aus

Israel/Palästina/Diskussion in Europa:

Der andere Blick auf den Konflikt

Der Nahe Osten ist in Europa nicht mehr ein ferner Konflikt - seit den Bildern von Jenin, die trotz massiver israelischer Zensur über die Bildschirme flammerten, ist die Stimmung gekippt. Sogar die deutsche Regierung sah sich gezwungen, angesichts der Brutalität der israelischen Armee, eine Erklärung abzugeben: Deutsche Feuilletons sind nun voll mit der Frage, ob - und wenn ja, wie sehr - Israel kritisiert werden darf. Gleichzeitig ist Antisemitismus in Europa wieder ander Tagesordnung.

VON PIA ABEL,
SLP-WIEN MITTE

Jüdische Einrichtungen werden in ganz Europa attackiert: Das ist keine legitime Antwort auf die Politik des israelischen Establishments, sondern feiger Terror gegen Unschuldige. Ein fatales Zeichen bedeutete in Zeiten aufkommender antisemitischer Hetze auch die Spaltung der Anti-Nazi-Demo in Wien: die Frage der möglichen/unmöglichlichen Kritik am israelischen Staat machte es unmöglich, antifaschistische Aktionseinheit zu wahren. Als Teil einer Internationalen, kann die SLP keine einfachen Lösungen bieten. Unsere Schwesterpartei "Maavak Socialisti" ist in der täglichen Arbeit mit der Sackgasse konfrontiert, welche die Politik der Kriegstreiber für Israelis und PalästinenserInnen bedeutet. Auf dem Boden des Kapitalismus werden die Aufgaben, die sich hier stellen, nicht bewältigt werden: Ressourcen wie Öl und Wasser werden nicht durch Profitlogik

verteilt, die Kräfte des Marktes werden keine Flüchtlingslager versorgen, imperialistische Kräfte in und ausserhalb Israels/Palästinas werden keinen Frieden bringen. Soviel steht fest.

OPPOSITION WÄCHST

70% der Bevölkerung sind laut Umfragen gegen Sharons neolibrale Wirtschafts- und Sozialpolitik. Fünf Kriege, in denen Israelis ihr Leben lassen mussten, sind nicht spurlos an der Moral der Bevölkerung vorübergegangen. Seit ein paar Monaten desertieren hunderte ReservistInnen. Das kann - aufgrund der Stellung der Armee in der israelischen Gesellschaft, soziale Ächtung und auch massive familiäre Probleme bedeuten. Obwohl der "totale Krieg" gegen die PalästinenserInnen (so Sharon wörtlich!) erst jetzt ausgerufen wurde, ist eine Antikriegsbewegung intakt, und im Wachsen begriffen: davon zeugen Demonstrationen und Friedensmärsche, von denen wir durch unsere israelischen/palä-

stinischen GenossInnen erfahren, oder ausnahmsweise auch die Medien darüber berichten. Es herrscht nämlich rege Zensur - die israelische Regierung ist grimmig entschlossen, auch eine Propagandaschlacht zu gewinnen.

ZENSUR UND WIDERSTAND

Seit Anfang April belegen die Sprecher des Außenministeriums und des Militärs einen kompletten Flügel der Nationalhallen in Jerusalem: Ein spanischer TV-Korrespondent fühlte sich angesichts des dort gebotenen, umfassenden "Informationsangebots" mit begleiteter Tour durch "das andere Israel" an etwas erinnert: "Wie im Irak, als Saddam Hussein uns durch die Krankenhäuser führte" (Presse, 22.04.2002) Trotzdem: Zuletzt erfuhren wir von einem Demonstrationszug um einen Hilfstransport nach Ramallah, an dem 4000 JüdInnen und PalästinenserInnen teilnahmen und der mit Tränengas und brutalem Vorgehen seitens der israelischen Armee beantwortet wurde. Die Intervention von Maavak Socialisti gilt der Überwindung des Systems, die das Werk der israelischen und palästinensischen ArbeiterInnenklasse sein muss.

Die PalästinenserInnen müssen durch Massenaktionen statt Selbstmordanschlägen eine neue

Pro-Israel-Demo und Pro-Palästina-Demo treffen in Deutschland auf einander.



Führung entwickeln. Denn die Politik und Militärtaktik der derzeitigen reaktionären Führer treibt Teile der jüdischen Bevölkerung weiter in die Arme der israelischen Rechten. Durch Aufrufe muss klar gemacht werden, dass sich ihr Kampf gegen den israelischen Militärmarschier richtet und nicht gegen die israelische Bevölkerung.

ZWEI STAATEN: EINE - SOZIALSTISCHE - LÖSUNG

Die reale Situation macht vielen Menschen beider Nationalitäten klar, dass eine Einstaatenlösung in weiter Ferne liegt. Die PalästinenserInnen haben nichts mehr zu verlieren: Generationen haben ihr Leben in Flüchtlingslagern verbracht, Generationen sehen sich jeden Abend mit Ausgangssperren konfrontiert. Eine enorme Opferbereitschaft ist das Resultat, die mehr verdient als eine korrupte Führung, die

faule Kompromisse schließt, bzw. potentielle KämpferInnen in den Selbstmord treibt. Diese Opferbereitschaft muß zu echten Lösungen führen. Die Lösung liegt unserer Ansicht nach nicht im Kapitalismus, und funktioniert nicht ohne der Beteiligung der israelischen ArbeiterInnen und Jugendlichen. Nur durch zwei völlig neuen Staaten - einem sozialistischen Israel und einem sozialistischen Palästina - können Friedensverhandlungen und Problemlösungen für die "unlösbar" Punkte gefunden werden - u.a. für Jerusalem, Wasser und die Flüchtlingsfrage. Diese Lösung ist nicht für alle bequem: Sie orientiert sich aber an den Bedürfnissen der ArbeiterInnenklasse, Jugend und anderer unterdrückter Schichten - der Mehrheit des Nahen Ostens. Sie ist aber sicherlich vielversprechender als derzeitige "Ansätze", die Sharon und die palästinensi-

Venezuela:

Niederlage für die USA

Mitte April in Venezuela: Präsident Chavez wurde binnen weniger Tage gestürzt und kam wieder an die Macht. Hinter dem Sturz stand eine Allianz aus Unternehmerorganisation, rechter Gewerkschaftsbürokratie, Opus Dei, Teilen der Armee und der USA. Seine Rückkehr verdankt Chavez anderen Teilen der Armee sowie den Massen der ArbeiterInnen und Armen. Der Versuch der USA, wie in den 70er Jahren mittels Militärsputschen ihre Interessen durchzusetzen ist diesmal gescheitert - vorläufig.

AUF GRUNDLAGE EINES ARTIKEL
VON TONY SAUNOIS

Hugo Chavez kam 1998 durch Wahlen an die Macht, nachdem er es 1992 mittels Putsch versucht hatte. Er ist ein linker Populist und führte eine Reihe sozialer Reformen ein. Eine Landreform, rund eine Million zusätzlicher Schulplätze, Verdreifachung der TeilnehmerInnen von AnalphabetInnenkursen und jüngst die Erhöhung des Mindestlohnes um 20 %. Unter Chavez verkauft Venezuela, der viertgrößte Erdölproduzent, billiges Öl nach Kuba. Schon länger ist die Politik von Chavez der herrschenden Klasse in Venezuela und den USA ein Dorn im Auge. Am 5. Februar erklärte der CIA seine "tiefe Besorgnis über die Situation in Venezuela". Am 7. Februar forderte eine Reihe von führenden Militärs seinen Rücktritt. Die Presse schoss sich auf Chavez ein, erklärte seine

"Unfähigkeit" und schrieb über eine angebliche breite Stimmung gegen ihn. Als Chavez seine Pläne bezüglich der Ölgesellschaft PDVSA erklärte, war das Mass voll. Am 11. April organisierte ein dubioses Bündnis eine große Anti-Chavez-Demonstration. Heute gibt es starke Indizien dafür, dass selbst die Unruhen auf dieser Demonstration, auf der es Verletzte und Tote gab, von Seiten der Opposition geplant waren. Chavez wurde abgesetzt und durch Carmona, dem Vorsitzenden der Unternehmerorganisation ersetzt. Er konnte sich nicht lange halten, Massenproteste von Chavez-Anhängern und seine immer noch starke Basis in Teilen des Militärs waren die Grundlage seiner Rückkehr. Vorläufig gerettet, denn Chavez ist eben kein Sozialist. Er hat den Neoliberalismus, aber nicht den Kapitalismus in Frage gestellt.

Chavez mit jenem Militär, der mit den USA an seinem Sturz arbeitete.



auf der die rechte Opposition in Teilen der Mittelklasse und von FacharbeiterInnen Unterstützung erhielt. Die Beteiligung des wichtigsten Gewerkschaftsverbandes CTV für den Umsturzversuch hat allerdings andere Ursachen. Die Führung der CTV ist korrupt und eng mit den alten Machthabern verbunden. Ihre Kritik an Chavez war, dass seine Reformen den Interessen der Wirtschaft entgegenlaufen und daher Arbeitsplätze gefährden würden. Mehr gestört hat sie wohl, daß die von Chavez 1999 eingeführte Verfassung beinhaltete, dass alle FunktionärInnen gewählt werden müssen und dass ihr Einkommen nicht höher als das der durchschnittlichen Mitglieder sein darf. Nach seiner Rückkehr gab

sich Chavez versöhnlich. Es werde keine Verfolgung der Putschisten geben, er werde künftig moderater sein und er bot einen nationalen Dialog an. Aber seine Unterstützung in der Bevölkerung beruht auf den sozialen Reformen. Die UnterstützerInnen haben ihn nicht wieder an die Macht gebracht, damit er zurückweicht, sondern damit er weiter geht. Die Niederlage der Putschisten hat den Weg zu einer wirklichen und weitergehenden Veränderung in Venezuela freigemacht - dem Sturz des Kapitalismus. Dies kann aber nicht von oben, durch einen "progressiven" Präsidenten geschehen, sondern braucht die aktive Beteiligung der ArbeiterInnenklasse und der Armen.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn ÖS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.



GLOBAL GEGEN DAS KAPITAL

►►► **Der antikapitalistische Kongress,
10. und 11. Mai, WUK, 9., Währingerstrasse 59**

Der jüngste Triumph Le Pens bei den französischen Präsidentschaftswahlen repräsentiert eine Seite der kapitalistischen Globalisierung: (Staatlicher) Rassismus, Bildungs- und Sozialabbau lassen das Vertrauen in etablierte Parteien schwinden: Massive Wahlenthaltung und Stimmung gegen „die da oben“ ist die Folge. Vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Polarisierung erstarkt aber nicht nur die rechte Szene. Globaler Widerstand gegen den Kapitalismus existiert: Sozialistischer Widerstand International (SWI) wird als aktive Jugendorganisation mit einem offensiven Programm in bestehende und kommende Kämpfe gehen.

**VON KEN HORVATH,
SLP-MARGARETEN**

„Die neoliberalen Angriffe rufen bei vielen Menschen Ablehnung hervor. Die Menschen wissen, wogegen sie sind – sie bekommen es jeden Tag mit. Leider haben viele keine Ahnung, wofür sie sein sollen“, meint Maria Hörtnar – Studentin und aktiv bei SWI. Am SWI-Gründungskongress, der am 10. und 11. Mai im WUK in Wien stattfindet, sollen deshalb nicht nur Missstände diskutiert werden. „Uns geht es darum, das Wesen der kapitalistischen Profitwirtschaft und

seine Folgen zu durchleuchten. Wir wollen aber auch diskutieren, ob und welche Alternativen es gibt.“

EIN INTERNATIONALER KAMPF
Damit soll auch in Österreich ein wichtiger Schritt im Aufbau von International Socialist Resistance (ISR) getan werden. Am 15. Dezember 2001 in Brüssel gegründet, kann ISR bereits auf einige Erfolge verweisen. So konnte am 15. März ein internationaler Bildungs-Aktionstag organisiert werden – in Brasilien fand ISR dafür sogar Unterstützung von Seiten des Gewerk-

schaftsverbandes. In den kommenden Monaten wird neben Bildungsabbau wohl der Kampf gegen Rechts ein international bestimmendes Thema in der Arbeit von ISR sein.

Schon heute fragen Jugendliche sehr bald nach Alternativen zu einem System, das als Wurzel einer Vielzahl von Missständen erkannt wird. Virginie Pregny von ISR-Frankreich erzählt von ihren Erfahrungen während der jüngsten Proteste gegen Le Pen: „Viele fragen nach Alternativen zum kapitalistischen System und dauerhaften Mitteln, rassistischer und faschistischer Ideologie den Boden zu entziehen ... Wir betonen die Tatsache, dass Chirac zu wählen nichts an den Ursachen für Le Pens Erfolg verändern wird.“ ISR-Frankreich fordert einen aktiven linken Block, der dem wachsenden rechtsextremen Druck auf der Straße begegnet. Darin sieht Virginie Pregny die einzige dauerhafte Lösung des Problems.

ANTIKAPITALISMUS

Das vorhandene antikapitalistische Bewusstsein hat auch in die Gründungserklärung von ISR Eingang gefunden: „Unsere Generation ist in einer Welt aufgewachsen, die gespaltener und ungerechter ist als jemals zuvor. In den letzten Jahren hat das weltweit junge Menschen veranlaßt, in großen Anti-Globalisierungs- und antikapitalistischen Protesten auf die Straße zu gehen. Wir haben riesige

Demonstrationen bei Gipfeln des IWF, der Weltbank, der WTO, der EU und anderen Organisationen des globalen Kapitalismus gesehen. Seattle, Prag, Nizza, Göteborg und Genua – diese Städte sind zu Symbolen für neue Bewegungen „von unten“ geworden.“

8. MAI: AUF DIE STRASSE!

Nur wenige Tage vor den Wahlen in Frankreich fand in Wien der erste Naziaufmarsch seit Jahren statt. Die rechtsextreme Szene spürt durch Le Pen's Abschneiden sicher wieder Rückenwind. Ihr Nährboden ist auch in Österreich die soziale Polarisierung und das Fehlen einer organisierten linken Alternative. Bestehenden (sozialen) Bewegungen Ziel und Richtung zu geben ist daher ein notwendiger Bestandteil im Kampf gegen Rechts. Als Beispiel mögen die Entwicklungen auf der Uni dienen: Am 24. April haben sich mehr als 30.000 Menschen aktiv am Streik gegen die blau-schwarze Uni-“Reform“ beteiligt. Ein erfolgreicher Kampf hier würde der Linken Auftrieb geben – doch ohne massive Beteiligung der Gewerkschaften im ganzen Bildungsbereich wird es schwer werden. Ein Kampftag ist der 8. Mai. An diesem Tag der Niederlage des Faschismus haben Rechtsextremisten zum „Helden-gedenken“ am Heldenplatz aufgerufen. SWI beteiligt sich an der Gegenmobilisierung und ruft alle AntifaschistInnen auf, mit uns

gemeinsam zu demonstrieren und den Aufmarsch der Rechten zu blockieren.

FIGHT FOR YOUR RIGHT!

Zum SWI-Kongress erwarten wir über hundert Jugendliche aus Wien und anderen Teilen Österreichs und der Welt. Das Motto „Fight for your Right“ ist bewusst gewählt, um den aktiven Kampf in den Vordergrund zu stellen. Wir wollen nicht bei einer abstrakten Kapitalismusanalyse stehen bleiben. Die Themenwahl soll zeigen, dass sich Antikapitalismus nicht auf die Proteste bei internationalen Gipfeln beschränkt. Neun Workshops werden sich diversen Themen widmen. Unter dem Motto „Der ganz normale Wahnsinn“ sollen in einer ersten Podiumsdiskussion aktuelle internationale Entwicklungen (Naher Osten!) diskutiert werden. Eine zweite Diskussion soll Perspektiven für die antikapitalistische Bewegung klären. Das wichtigste Ziel ist es, Jugendliche für den Kampf gegen Kapitalismus und für eine andere – eine sozialistische – Welt zu gewinnen. Bereits im Vorfeld gibt es mehrere Ansätze für neue SWI-Gruppen in Wien (z.B. im siebten und im neunten Bezirk) und in Salzburg. Auf dem SWI-Kongress wird es in diesem Punkt Berichte und praktische Beispiele über die konkrete Arbeit vor Ort geben.

Den SWI-Kongress 2002 solltest du nicht versäumen. Wir freuen uns auf dein Kommen!

**SLP im
Netz!**

www.slp.at

Auf www.slp.at gibt's jede Menge zu entdecken. www.slp.at wird regelmäßig mit Neuem bestückt. Es lohnt sich immer wieder vorbeizuschau'n!



- + Hintergründe zu politischen Entwicklungen
- + Aktuelles, Aktionen und Kampagnen der SLP
- + Links den Schwesterparteien der SLP in aller Welt